Stand: 15.12.2025 19:32:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13499

"Freie Fahrt für Carsharing-Projekte - Dringende Änderungen im aktuellen Gesetzentwurf sind erforderlich!"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/13499 vom 17.10.2016
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14668 des WI vom 01.12.2016
- 3. Beschluss des Plenums 17/14856 vom 15.12.2016
- 4. Plenarprotokoll Nr. 92 vom 15.12.2016



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

17.10.2016 Drucksache 17/13499

Antrag

der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Dr. Linus Förster, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz SPD

Freie Fahrt für Carsharing-Projekte – Dringende Änderungen im aktuellen Gesetzentwurf sind erforderlich!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich in den anstehenden Beratungen zum Entwurf der Bundesregierung für ein "Carsharing-Gesetz" dafür einzusetzen, dass die Benachteiligung von privaten Casharing-Projekten beseitigt und die 24-Stunden-Rückgabepflicht sowie das Festhalten an einer Mindestnutzerzahl aufgegeben werden.

Begründung:

Aktuelle Zahlen belegen: Carsharing-Projekte, bei denen ein vorhandener Pkw zum Gebrauch von vielen bereitgestellt wird, sind auf dem Vormarsch. Dies ist eine Entwicklung, die nicht nur in den bayerischen Städten zu beobachten ist, sondern die sich auch – und insbesondere – in den ländlichen Regionen wachsender Beliebtheit erfreut.

Von daher ist es zu begrüßen, dass sich die Bundesregierung ihrer Verantwortung bewusst geworden ist, diese Entwicklung mit entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu versehen. Allerdings hinkt der derzeitige Gesetzentwurf den tatsächlichen Anforderungen an die realen Gegebenheiten weit hinterher.

Im Fokus der beabsichtigten Gesetzgebung stehen allzu oft die Bedürfnisse kommerzieller Anbieter des sogenannten Carsharings, während dem Ursprung dieser nicht zuletzt aus ökologischen Gesichtspunkten begrüßenswerten Entwicklung keinerlei Berücksichtigung im aktuellen Gesetzesentwurf zuteil wird.

Der jetzige Gesetzeswortlaut sieht freie Parkplätze und ähnliche Anreize für Carsharing-Projekte vor. Ideen, wie gesonderte Fahrspuren für Carsharing-Projekte in den Innenstädten – vergleichbar mit einer bereits realisierten Gesetzeslage in Peking, Shanghai oder Tokio – werden ebenfalls schon laut gedacht. Der Landtag begrüßt diesen Schritt durchaus, zeitgleich muss allerdings mit Blick auf den derzeitigen Gesetzentwurf der Bundesregierung festgestellt werden, dass dieser der ursprünglichen Entwicklung nicht gerecht wird.

Anforderungen, wie eine 24-Stunden-Rückgabeverpflichtung und eine Mindestnutzerzahl, begünstigen letztlich kommerzielle Anbieter von Carsharing-Diensten. Der gelebten Wirklichkeit der Bürger auf dem Lande oder dem ländlichen Raum wird dies allerdings nicht gerecht. Hier kann es sein, dass sich in der Nachbarschaft beispielsweise drei Familien zusammenschließen und ein Fahrzeug gemeinschaftlich nutzen. Diese Möglichkeit wird auch für Urlaube, Wochenendausflüge oder auch Geschäftsreisen genutzt. All diese Nutzungsformen schließt der aktuelle Gesetzesentwurf jedoch von den beabsichtigten Vergünstigungen aus, was nicht zuletzt auch aus ökologischen Gesichtspunkten schlichtweg abzulehnen ist.

Im Grundsatz ist der beabsichtigte Regelungsgedanke des Bundesgesetzgebers zu begrüßen; er hat sich jedoch auch und nicht zuletzt an den gelebten Realitäten der Bürgerinnen und Bürger zu orientieren. Dem gerecht zu werden, ist auch Auftrag und Aufgabe der Staatsregierung.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

01.12.2016 Drucksache 17/14668

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD Drs. 17/13499

Freie Fahrt für Carsharing-Projekte - Dringende Änderungen im aktuellen Gesetzentwurf sind erforderlich!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: Bernhard Roos
Mitberichterstatter: Eberhard Rotter

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen und der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz haben den Antrag mitberaten
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 27. Oktober 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Enthaltung B90/GRÜ: Enthaltung Ablehnung empfohlen.

 Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 8. November 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Enthaltung B90/GRÜ: Enthaltung Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 1. Dezember 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Enthaltung B90/GRÜ: Enthaltung Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

15.12.2016 Drucksache 17/14856

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz SPD

Drs. 17/13499, 17/14668

Freie Fahrt für Carsharing-Projekte – Dringende Änderungen im aktuellen Gesetzentwurf sind erforderlich!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor wir abstimmen, weise ich noch auf Folgendes hin: Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat in seiner Sitzung am 13. Dezember die an Nummer 3 stehende Verfassungsstreitigkeit zum Volksbegehren "Nein zu CETA!" beraten und seine Beschlussempfehlung hierzu auf Drucksache 17/14778 abgegeben. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat gestern die Beratungen zu den Listennummern 16 bis 19 abgeschlossen und ebenfalls seine Beschlussempfehlungen abgegeben. Die Voten sind in der für Sie aufgelegten Liste enthalten. Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag die Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, die Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 13)

Ε ς	hec	-	ıtor	٠.

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Einleitung einer Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte-COM (2016) 127 final

BR-Drs. 116/16

Drs. 17/12329, 17/14659 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Beschäftigung und Soziales, Wirtschaft und Finanzen: Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte 08.03.2016 – 31.12.2016 Drs. 17/12534, 17/14652 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Verfassungsstreitigkeit

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 23. November 2016 (Vf. 60-IX-16) betreffend

Vorlage des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr vom 23. November 2016 betreffend den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens "Nein zu CETA!"

PII/G1310.16-0011 Drs. 17/14778

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

- II. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens sind nicht gegeben.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	Α

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Waldmann, Ruth Müller u.a. SPD Barrierefreiheit in Arztpraxen realisieren Drs. 17/11622, 17/14648 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	团	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zur Lage der Frauen im Kunst- und Kulturbereich Drs. 17/12412, 17/14504 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
 Verbesserung der Schwerbehindertenrechte in Zügen der DB AG und ihrer Wettbewerber
 Drs. 17/12596, 17/14667 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Teilhabe und Selbstbestimmung garantieren – Armut verhindern: für ein gutes Bundesteilhabegesetz!
 Drs. 17/12618, 17/14683 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Joachim Unterländer u.a. und Fraktion (CSU)
Bessere Teilhabe jetzt!

Drs. 17/12629, 17/14684 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD Für ein verbessertes Bundesteilhabegesetz Drs. 17/13088, 17/14685 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Martin Güll, Margit Wild u.a. SPD Angebote für Kinder und Jugendliche mit Fluchthintergrund an Gymnasium und Realschule aufstocken beziehungsweise schaffen

Drs. 17/13212, 17/14644 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD Freie Fahrt für Carsharing-Projekte – Dringende Änderungen im aktuellen Gesetzentwurf sind erforderlich! Drs. 17/13499, 17/14668 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	ENTH

12.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Entlastung der Polizei: Pilotprojekt zur lageangepassten Reduzierung der polizeilichen Präsenz bei (Profi-)Fußballspielen in Bayern Drs. 17/13710, 17/14645 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A	A		

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU) Flächendeckende und wohnortnahe Versorgung durch Apotheken in Bayern Drs. 17/13818, 17/14649 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Wohnortnahe Versorgung mit Apotheken sicherstellen Drs. 17/13827, 17/14650 (E) [X]

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Ø	Z	Z

vermeiden!

GRÜ

GRÜ

Z

Z

FREIE WÄHLER

FREIE WÄHLER

Z

Z

15.	 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Pilotprojekt zur Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten Drs. 17/14164, 17/14646 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport 			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	
16.	Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Robert Brannekämper u.a. CSU Elektronische Semesterapparate: Urheberrechte schützen, Bürokratie ve Drs. 17/14508, 17/14785 (E)			atie ver

Votum des federführenden Ausschusses für

SPD

Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias,

Z

Digitale Lehre an bayerischen Hochschulen sichern

SPD

Z

Votum des federführenden Ausschusses für

Wissenschaft und Kunst

Martina Fehlner u.a. SPD

Wissenschaft und Kunst

Drs. 17/14639, 17/14788 (E)

CSU

CSU

Z

Ζ

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Zeitgemäße Studienbedingungen nicht verhindern: Digitale Lehre und Forschung unterstützen! Drs. 17/14665, 17/14787 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Unirahmenvertrag zum Urheberrecht reformieren – Digitalisierung der Lehre nicht ausbremsen Drs. 17/14666, 17/14786 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Auswirkung der Neuausrichtung von Air Berlin auf den Flughafen Nürnberg Drs. 17/13695, 17/14669 (E)

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Kahlschlag bei Bayerns Försterinnen und Förstern umgehend beenden – Kommunen in der Bewirtschaftung der Wälder weiterhin unterstützen Drs. 17/13030, 17/14686 (E) [X]

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

der den Antrag für erledigt erklärt hat.